

Datum: 17.11.2018
 Medium: Landshuter Zeitung (LZ)
 Autor: sj

© 2018 LZ – Vervielfältigung oder kommerzielle Nutzung ohne vorherige Rücksprache ist verboten.



Andreas Bohmeyer und Stefanje Weinmayr hatten jeweils auf ihre Weise mit Bavarikon zu tun ...



... genauso wie Dr. Franz Niehoff.

Fotos: LZ-Archiv

Die Sache mit Bavarikon

Wie ein Kulturprojekt des Freistaats zum Gegenstand des Museumsstreits wird

Wer hat was gewusst, wer hat was gemacht und wer hat was gesagt? Ein gewisses Gespür für Feinheiten braucht man schon, wenn es um die Rollen geht, die einzelne Mitarbeiter der Stadtverwaltung beim Projekt Bavarikon gespielt haben. Im Kern geht es um die Folgen der Zusammenlegung der städtischen Museen mit dem Skulpturenmuseum und der folgenreichen Beförderung Dr. Franz Niehoffs zum Chef von Stefanje Weinmayr im Sommer 2017.

Konkret geht es im Fall Bavarikon um die Frage, ob die Stadtverwaltung zuungunsten von Weinmayr agiert hat – und zwar wider besseres Wissen. Ihren Ausgang nahm die Angelegenheit in einer Sitzung des Bildungs- und Kultursenats im Oktober. Niehoff hatte dort gesagt, dass Bavarikon ohne sein „Zutun und Wissen im Herbst 2017 auf den Weg gebracht worden“ sei. Als Amtsleiter hätte er einbezogen werden müssen – was Weinmayr aber unterlassen hätte.

Bavarikon ist ein Projekt des Freistaats, bei dem dreidimensionale Scans von Kunst- und Kulturwerken erstellt werden – auch von Werken des Bildhauers Fritz Koenig. Niehoffs Aussagen zu Bavarikon blieben von Hauptamtsleiter Andreas Bohmeyer, der in der Sitzung

anwesend war, unwidersprochen stehen.

Stadträte melden sich

Das wiederum rief fünf Stadträte fraktionsübergreifend auf den Plan. In einer Pressemitteilung stellten sie fest, dass das Antragsverfahren für Bavarikon schon 2016 auf den Weg gebracht worden sei, zu einer Zeit also, zu der Weinmayr noch nicht Niehoff unterstellt gewesen ist. Gleichzeitig warfen die Stadträte Bohmeyer, dem Chef von Niehoff und Weinmayr, vor, dass er diese Information in der Sitzung des Kultursenats verschwiegen habe. Ausschussmitglieder, so der Vorwurf der Stadträte, würden mit Falschaussagen und Halbwahrheiten konfrontiert. Was dann folgt, gehört zu den Feinheiten der Angelegenheit: In der Pressemitteilung heißt es auch, dass der Bavarikon-Antrag 2016 von Herrn Bohmeyer unterzeichnet wurde.

Eben zu dieser Aussage nahm wenige Tage später Andreas Bohmeyer vor Beginn des Plenums Stellung: Er widersprach der Behauptung, er hätte den Antrag unterschrieben. „Dem ist nicht so.“ Stattdessen warf er den Stadträten vor, ihn durch diese Aussage in seiner Ehre verletzt zu haben. Dies, so Bohmeyer,

erfülle den Tatbestand der Beleidigung.

Stefan Gruber, Fraktionschef der Grünen und einer der Unterzeichner der Pressemitteilung, sieht aber keinen Grund, von seinen Vorwürfen gegenüber Bohmeyer abzurücken: Sachlich sei es richtig, dass Bohmeyer 2016 keinen Antrag unterschrieben habe, tatsächlich sei es ein Begleitschreiben zu einem Vortragsantrag gewesen. Juristisch möge das einen Unterschied machen, so Gruber weiter, in der Sache aber nicht. „Unser Hauptvorwurf war der, dass uns in der Kultursenatsitzung die Vorgeschichte aus dem Jahr 2016 verschwiegen wurde“, so Gruber. „Konkret die Behauptung Niehoffs, dass Bavarikon 2017 ohne sein Zutun beantragt worden sei.“

Bohmeyer räumt ein von ihm unterzeichnetes Anschreiben aus dem Jahr 2016 auf Anfrage der *Landshuter Zeitung* ein. Dennoch: Der eigentliche Antrag für Bavarikon sei erst 2017 gestellt worden, und zwar zu einem Zeitpunkt, als Niehoff schon Vorgesetzter von Weinmayr gewesen sei. Weder er noch Niehoff hätten im Vorfeld aber von diesem Antrag Kenntnis erhalten, so Bohmeyer.

Das Bavarikon-Projekt wird vom Freistaat zu 100 Prozent gefördert.

-sj-